Stand: 15.12.2025 10:22:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10512

"Saubere und sichere Energie für Bayern - ein starkes EEG für eine Energiewende der Bürgerinnen und Bürger"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10512 vom 15.03.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 68 vom 16.03.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11464 des WI vom 14.04.2016
4. Beschluss des Plenums 17/11696 vom 01.06.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 01.06.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 15.03.2016 **Drucksache** 17/**10512**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Verena Osgyan, Claudia Stamm, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Saubere und sichere Energie für Bayern – ein starkes EEG für eine Energiewende der Bürgerinnen und Bürger

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine erfolgreiche Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) nach den folgenden Maßgaben einzusetzen:

1. Zum Schutz des Klimas muss die Energiewende beschleunigt werden. Das Ziel der Bundesregierung, 45 Prozent Erneuerbare Energien bis 2025, muss ausdrücklich als Untergrenze definiert werden. Ein jährlich auszuschreibendes Netto-Mindestvolumen ist für alle Erneuerbare Energien in einer Höhe auszuschreiben, die eine möglichst rasche Vollversorgung – spätestens bis 2035 – mit erneuerbaren Energien ermöglicht.
2. Die Energiewende ist nur erfolgreich, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien in ganz Deutschland stattfindet. Dafür müssen Mindestmengen für die verschiedenen Teile Deutschlands in Form einer Regionalquote ausgeschrieben werden. Außerdem müssen Anlagen mit einem Referenzertrag zwischen 60 und 70 Prozent eine angemessene Vergütung erhalten. Zusätzlich dürfen negative Strompreise keine Auswirkung auf die Zahlung der Vergütung haben.
3. Die Energiewende ist nur erfolgreich, wenn die Bürgerinnen und Bürger die Chance haben, sich aktiv zu engagieren. Um die Akteursvielfalt zu verbessern, müssen zumindest alle EU-konformen Ausnahmen von Ausschreibungen ergriffen werden. Dazu gehört insbesondere die De-minimis-Regelung für die Errichtung kleiner Bürger-Windparks.

Begründung:

Der Referentenentwurf zur Novellierung des EEG befindet sich derzeit auf Bundesebene in der Ressortabstimmung. Die darin enthaltenen Vorschläge zur künftigen Förderung erneuerbarer Energien sind ein deutliches Zeichen für die Bestrebungen der Bundesregierung, die Energiewende in Deutschland auszubremsen. Der im Entwurf genannte Ausbaupfad ist mit dem Pariser Abkommen zum Klimaschutz nicht zu vereinbaren. Für eine saubere und sichere Energieversorgung müssen die Ziele deutlich höher gesteckt werden – zum Wohle des Klimas, der nachfolgenden Generationen und der heimischen Wirtschaft.

Die Windenergie als eine der wichtigsten Säulen der Energiewende muss im künftigen EEG eine entsprechende Stellung erhalten. Sie darf nicht als Lückenfüller in Konkurrenz zu anderen EE-Formen gesetzt werden. Technische und gesellschaftspolitische Vorteile sprechen außerdem für einen Ausbau in allen Teilen Deutschlands.

Damit die Energiewende erfolgreich bleibt und neuen Schwung aufnimmt, müssen die Bürgerinnen und Bürger wieder ermuntert werden, in eine zukunftssichere Energieversorgung zu investieren. Die Beteiligung bürgerschaftlicher Akteure ist der Schlüssel zu einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz und somit zum Erfolg der Energiewende.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/10512 bis 17/10518 sowie 17/10533 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung des Dringlichkeitsantrags der Abgeordneten Kreuzer, Freller, Schreyer-Stäblein und andere und Fraktion (CSU) betreffend "Stellenabbau bei Siemens – Neue Perspektiven für die betroffenen Standorte schaffen", Drucksache 17/10531, bekannt. Mit Ja haben 144 gestimmt, mit Nein hat niemand gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4 – Zuruf von der SPD: Und dafür haben wir eine Namentliche gemacht!)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. (SPD)
Verbot des Tötens männlicher Eintagsküken, Entwicklung tragfähiger Vermarktungskonzepte für Legehennenbrüder und Förderung der Zucht von Zweinutzungshühnern (Drs. 17/9403)

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass hierzu bereits namentliche Abstimmung beantragt worden ist. – Ich eröffne die Aussprache und weise darauf hin, dass die Redezeit 24 Minuten beträgt. Erster Redner ist der Kollege Woerlein.

(Dr. Thomas Goppel (CSU): Kann man da den Rechtschreibfehler ausbessern?)

– Das wird doch wohl mit einem harten "t" geschrieben, wie wir Franken sagen?

Herbert Woerlein (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Staatsministerin Scharf, werte Kolleginnen und Kollegen! Jährlich werden in Deutschland rund 50 Millionen männliche Küken ohne Betäubung durch Vergasen oder Schreddern getötet. Dies geschieht aus rein wirtschaftlichen Gründen; denn die Legehennenbrüder setzen im Vergleich zu den Masthühnern nur sehr langsam Fleisch an, sodass sich die Mast vermeintlich nicht lohnt.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat im Bundesrat einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Tierschutzgesetzes eingereicht, um dieses Töten von Küken aus wirtschaftlichen Gründen zu verbieten. Der Bundesrat stimmte am 25. September 2015 dem Gesetzesantrag mit großer Mehrheit zu und hat diesen an den Bundestag weitergeleitet. Die SPD-Fraktion im Landtag begrüßt die Bundesratsinitiative ausdrücklich und fordert im ersten Teil des Antrags die Staatsregierung dazu auf, sich auf Bundesebene erstens für ein Verbot des Kükentötens einzusetzen und zweitens ein Lebensrecht der Legehennenbrüder zu ermöglichen.

Herr Kollege Flierl, Herr Kollege Beißwenger, Sie haben in der Sitzung des Umweltausschusses vom 4. Februar 2016 die Auffassung vertreten, dass sich die Hauptforderung unseres Antrags bereits erledigt habe, da Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt angekündigt habe, das Kükentöten 2017 zu beenden. Ich muss diese Darstellung berichtigen. Die Ankündigung des Bundeslandwirtschaftsministers ist sehr erfreulich. Nur: Wie der Minister dieses Ziel konkret bis 2017 erreichen will, sagt er nicht. Fakt ist, dass sich Herr Schmidt explizit gegen ein Verbot ausgesprochen hat.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Er setzt auf einen anderen Weg, nämlich auf ein technisches Verfahren, das die Geschlechtsbestimmung schon im Ei ermöglicht. Damit soll zukünftig das Ausbrüten und Schlüpfen männlicher Küken verhindert werden. Das Kükentöten hätte sich dann automatisch erledigt. Nach Ansicht des Ministers wäre dann eine Änderung des Tierschutzgesetzes nicht mehr nötig, und der Gesetzentwurf des Bundesrats liefe ins Leere.

Meine Damen und Herren, der Ansatz des Ministers, nicht die Küken, sondern bereits die Eier mit einem männlichen Embryo zu vernichten, verhindert nicht, dass die männlichen Tiere weiterhin als wertlos und als Abfall betrachtet werden. Das ist aus ethischen Gründen und im Sinne des im Grundgesetz verankerten Staatsziels des Tierschutzes nicht verantwortbar.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist unser Hauptanliegen mit der Ankündigung des Bundeslandwirtschaftsministers nicht erledigt. Weder will Herr Schmidt ein Verbot noch will er das Lebensrecht der männlichen Küken schützen.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, hat nach Strafanzeige der Tierschutzorganisation PETA die Staatsanwaltschaft Münster Mitte Februar erstmals Klage gegen eine Brüterei wegen des massenhaften Tötens männlicher Eintagsküken erhoben. Die Klage wurde heute vor einer Woche am Mittwoch, dem 9. März 2016, vom Landgericht Münster mit der Begründung abgewiesen, es gebe keine ausreichende Grundlage für eine Beurteilung. Wenn eine jahrzehntelange Praxis strafrechtlich anders bewertet werden solle, so die Richter, müsse der Gesetzgeber, also wir, aktiv werden. Die Richter verwiesen außerdem auf die Tierschutzschlachtverordnung aus dem Jahr 2012, die

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 14.04.2016 **Drucksache** 17/**11464**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**10512**

Saubere und sichere Energie für Bayern - ein starkes EEG für eine Energiewende der Bürgerinnen und Bürger

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Stümpfig**
Mitberichterstatter: **Dr. Otmar Bernhard**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 46. Sitzung am 14. April 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 01.06.2016 **Drucksache** 17/**11696**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Verena Osgyan, Claudia Stamm, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**10512**, 17/**11464**

Saubere und sichere Energie für Bayern – ein starkes EEG für eine Energiewende der Bürgerinnen und Bürger

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

(Unruhe)

– Wenn Sie sich unterhalten möchten, gehen Sie halt nach draußen! Wir haben Zeit!

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 21 bis 23 der Anlage. Es sind dies die Anträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Kommunen stärken – bezahlbaren Wohnraum ermöglichen", I bis III, die auf Antrag der Fraktion gesondert beraten werden sollen. Der Aufruf dieser Anträge erfolgt erst am späten Abend, am Ende der regulären Tagesordnung.

Hinsichtlich des jeweiligen Abstimmungsverhaltens möchte ich auf die einzelnen Voten der Fraktionen verweisen, die in der Liste auf Ihren Plätzen ausliegen.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Es gibt auch keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag die Voten.

Ich werde jetzt kurz unterbrechen und warten, bis das Ergebnis der namentlichen Abstimmung vorliegt, damit wir dann die Haushaltsentlastung abschließen können. Das Ergebnis müsste jeden Moment kommen. Die Redner für Tagesordnungspunkt 6 können sich schon bereithalten. Wir beginnen mit den Dringlichkeitsanträgen.

(Unterbrechung von 17.22 bis 17.24 Uhr)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofs auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2014 für den Einzelplan 11 bekannt. Das ist Drucksache 17/9222, Tagesordnungspunkt 4. Mit Ja haben 149 Abgeordnete gestimmt, mit Nein keiner, Stimmenthaltungen gab es auch nicht. Damit ist dem Bayerischen Obersten Rechnungshof gemäß Artikel 101 der Bayerischen Haushaltsordnung die Entlastung erteilt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich wollte mich jetzt noch bei Herrn Dr. Fischer-Heidlberger bedanken, aber er ist mit seinem Team schon gegangen. Ich tue es aber trotzdem: Im Namen des Hohen Hauses bedanken wir uns ganz herzlich bei ihm für die stets konstruktiv-kritische Zusammenarbeit und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute, er soll vor allem gesund bleiben. Herzlichen Dank noch einmal für alles!

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 18. April 2016 (Vf. 2-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit

   1. des Art. 130 Abs. 1 Halbsatz 2 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl. S. 991, BayRS 100-1-I), die zuletzt durch Gesetze vom 11. November 2013 (GVBl. S. 638, 639, 640, 641, 642) geändert worden ist,

   2. des Art. 115 Abs. 2 und 3 und des Art. 116 Abs. 2 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-K), das zuletzt durch Gesetz vom 23. Juni 2015 (GVBl. S. 183) geändert worden ist,

   3. der Verordnung über die Landesanwaltschaft Bayern (LABV) vom 29. Juli 2008 (GVBl S. 554, BayRS 34-3-I), die zuletzt durch § 1 Nr. 331 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) geändert worden ist

   P II - G-1310.16-0003
   Drs. 17/11429 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
   II. Der Antrag ist unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Präventionskonzept für die Kinder- und Jugendhilfe − Erkenntnisse und Erfahrungen aus der ehemaligen Heimunterbringung berücksichtigen
Drs. 17/8403, 17/11450 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Woche der Aus- und Weiterbildung − auch und gerade in Bayern nicht ohne den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften!
Drs. 17/9794, 17/11451 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos, Natascha Kohnen u.a. SPD
Keine Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge mehr
Drs. 17/9797, 17/11446 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für einen zuverlässigen Trinkwasserschutz − KULAP B28 in Trinkwasserschutzgebieten fortführen
Drs. 17/10153, 17/11466 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Blockade des Düngerechts beenden
Drs. 17/10163, 17/11468 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	A	Z

7. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
Walderlebniszentren
Drs. 17/10276, 17/11470 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Alex Dorow u.a. CSU,
Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Öffentliche Konsultationen der Europäischen Kommission in den Amtssprachen der Europäischen Union bereitstellen
Drs. 17/10317, 17/11412 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Alexandra Hiersemann, Horst Arnold, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD, Eberhard Rotter, Michael Brückner, Hermann Imhof u.a. CSU
Straßenbahnförderung im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz erleichtern
Drs. 17/10318, 17/11241 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Gleichwertige Förderung der fränkischen Mundartforschung
Drs. 17/10352, 17/11225 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Erweiterung und Ausbau des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände Nürnberg sicherstellen!
Drs. 17/10415, 17/11226 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erweiterung des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände
Drs. 17/10437, 17/11227 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kostenfreiheit der Schulwege
Drs. 17/10440, 17/11550 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betrug mit manipulierten Ladenkassen stoppen
Drs. 17/10448, 17/11504 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zinssatz für Steuerschulden angleichen
Drs. 17/10451, 17/11505 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Volkshochschulen stärken − Eigenanteil von 10 Prozent bei Alpha-Kursen abschaffen
Drs. 17/10496, 17/11551 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	ENTH

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Saubere und sichere Energie für Bayern − ein starkes EEG für eine Energiewende der Bürgerinnen und Bürger
Drs. 17/10512, 17/11464 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)
Zertifizierung von holzverwendenden Betrieben
Drs. 17/10513, 17/11465 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Senioren freiwilligen Umstieg auf öffentlichen Personennahverkehr erleichtern
Drs. 17/10521, 17/11467 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Herbert Woerlein, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
"Falsche" Kunstpelze aus tierquälerischer Produktion − Was unternimmt die Staatsregierung gegen diese Verbrauchertäuschung?
Drs. 17/10568, 17/11338 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte u.a. SPD
Kommunen stärken − bezahlbaren Wohnraum ermöglichen I: Handlungsmöglichkeiten für Landkreise im sozialen Wohnungsbau schaffen!
Drs. 17/10574, 17/11178 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

22. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte u.a. SPD
Kommunen stärken − bezahlbaren Wohnraum ermöglichen II: Verkauf von staatlichen Grundstücken an Kommunen erleichtern!
Drs. 17/10575, 17/11506 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

23. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte u.a. SPD
Kommunen stärken − bezahlbaren Wohnraum ermöglichen III: Förderprogramm des Wohnungspakts Bayern zugunsten kommunaler Wohnungsgesellschaften verbessern!
Drs. 17/10576, 17/11179 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

24. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verfahrensvereinfachung für Wasserkraftanlagen
Drs. 17/10633, 17/11530 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

25. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Angelika Schorer u.a. CSU
Verwendung der Jagdabgabemittel zum Erhalt des Niederwildes
Drs. 17/10643, 17/11473 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

26. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Angelika Schorer u.a. CSU
Verwendung der Jagdabgabemittel zur Förderung von Schießständen und Bewegungsjagdschulungen
Drs. 17/10644, 17/11475 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

27. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Schädlingsbefall in bayerischen Wäldern
Drs. 17/10645, 17/11476 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
UV-Reinigung des Abwassers der Lindauer Kläranlage
Drs. 17/10660, 17/11531 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Verkehrssicherheit und weniger Lärm − mehr Tempo 30 innerorts!
Drs. 17/10661, 17/11469 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

30. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
IT-Projekte der Steuerverwaltung
Drs. 17/10664, 17/11181 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Qualifizierte Ersthelferinnen und Ersthelfer vor Ort fördern
Drs. 17/10666, 17/11426 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Eric Beißwenger u.a. CSU
Bericht über die aktuelle Forschung und Entwicklung im Bereich von Biokraftstoffen
Drs. 17/10675, 17/11478 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

33. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Polizeiliche Kriminalstatistik 2015 – Aus der Vergangenheit die richtigen Schlüsse für ein sicheres Bayern in der Zukunft ziehen!
Drs. 17/10740, 17/11354 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u.a. und Fraktion (CSU)
Bayerns Interessen bei der Änderung des Bundeswaldgesetzes wahren
Drs. 17/10749, 17/11479 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg u.a. und Fraktion (CSU)
Akkreditierungs-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts
Drs. 17/10753, 17/11228 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Zwangsmaßnahmen in Wohnheimen und Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung ohne fallbezogene elterliche oder richterliche Genehmigung
Drs. 17/10756, 17/11539 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

37. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. CSU
Keine Benachteiligungen in der Mundartforschung!
Drs. 17/10758, 17/11229 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beschaffung von Holzprodukten für mittelständische Unternehmen nicht unnötig bürokratisieren
Drs. 17/10763, 17/11477 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	ENTH

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Schutz der Selbsthilfeeinrichtungen im Bereich der Forstwirtschaft bei der Änderung des Bundeswaldgesetzes (BWaldG) gewährleisten
Drs. 17/10771, 17/11480 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über die Praxis der Anordnung und Durchführung freiheitbeschränkender Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen mit Behinderung
Drs. 17/10773, 17/11540 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

41. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Bayerns Interessen bei der Änderung des Bundesjagdgesetzes wahren
Drs. 17/10775, 17/11471 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

42. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Karl Freller,
Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Angemessene Zinsen bei Steuernachzahlungen
Drs. 17/10776, 17/11507 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

43. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold,
Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Bericht zum Ausbruch der Rinder-TBC in Vorarlberg und die daraus resultierende
Gefahr für die bayerische Landwirtschaft
Drs. 17/10902, 17/11532 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

44. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein,
Hermann Imhof u.a. CSU
Sozialberichterstattung I: Fokus auf kinderreiche Familien legen
Drs. 17/10914, 17/11452 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

45. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild,
Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Bericht zum Modellversuch Mittelstufe Plus
Drs. 17/11006, 17/11552 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

46. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU
Schulsolidarpakt Asyl
Drs. 17/11008, 17/11553 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

47. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Qualitativ hochwertige bayernweite Fahrgastinformation II
Drs. 17/10667, 17/11474

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.